Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt und Land

Geschäftsstelle: Herford, Renn[illegible] 29/31. Fernru[illegible]
Postscheckkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: ¼jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit" 45 Pfg. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herfor[illegible]

Nr. 302 — Herford, Freitag, den 27. Dezember — 1918

Unklarheiten über die Regierung.

TU. Berlin, 27. Dez. Wie die „Berl. Neuesten Nachrichten" in später Nachtstunde erfahren, ist die Regierung Ebert-Haase gestürzt und durch eine Regierung Liebknecht ersetzt worden. Die Richtigkeit dieser Meldung nachzuprüfen, war wegen der späten Nachtstunde und wegen der Unmöglichkeit Auskunft zu erhalten, ausgeschlossen.

TU. Berlin, 27. Dez. Gestern nachmittag 6 Uhr versuchte ein großer Zug Spartakus-Leute in das Vorwärtsgebäude sich Eingang zu verschaffen. Der im Nebengebäude wohnende preußische Minister Ernst wurde von den Demonstranten aus seiner Wohnung geholt, um die Schlüssel zum „Vorwärts" herauszugeben, der sie aber nicht hatte. Ernst wurde unter Bewachung gestellt. Inzwischen hatte der Polizeipräsident den „Vorwärts" besetzen lassen und die Spartakusleute vertrieben, bis auf 12 Mann, die sich verschanzt hatten. Gestern abend tagte im Reichskanzlerpalast eine Zwölfer-Kommission, die sich dahin einigte, daß der „Vorwärts" am Freitagmorgen wie bisher als Zentralorgan der Mehrheitssozialisten erscheinen soll.

tb. Berlin, 27. Dez. Verschiedene Blätter, u. a. die „Kreuzzeitung" erhalten von angeblich vertrauenswürdiger Seite die Mitteilung, daß am Donnerstagabend die Regierung Ebert-Haase gestürzt worden sei. Liebknecht habe die Gewalt übernommen.

bb. Berlin, 27. Dez. Es verlautet gestern abend, daß der Zentralrat der A.- und S.-Räte einberufen werden solle, um die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Sollte die Kabinettsbildung nicht sogleich gelingen, so würde die vorläufige Regierung bis auf Weiteres vom Zentralrat übernommen.

bb. Berlin, 7. Dez. Die „Voss. Ztg." meint, die Verständigung, die am Dienstagabend zwischen der Regierung und den Matrosen zustande kam, war in Wirklichkeit ein Sieg der letzteren. Die Stellung der Regierung erschien nach den Vorgängen am Dienstag schwer erschüttert. Bei den Demonstrationen vor dem Gebäude des „Vorwärts" wurde die Absetzung der Regierung Ebert-Haase verkündet und die Regierung Liebknecht-Rosa Luxemburg-Ledebour ausgerufen.

bb. Berlin, 27. Dez. Die „Volkszeitung" äußert: Auch in den Weihnachtsfeiertagen hat es in Berlin Putsche gegeben. Die überradikalen Berliner Elemente stürmten den „Vorwärts" und verhafteten den Minister Ernst. Auch im Reiche steht es mit der öffentlichen Ordnung und Sicherheit schlecht. Im Ruhrgebiet sind ähnliche Gewaltakte vorgekommen wie in Berlin.

Meuternde Belgier?

hf. Düsseldorf, 26. Dez. Wie das Düsseldorfer Tageblatt von absolut zuverlässiger Seite aus München-Gladbach erfahren haben will, soll dort die belgische Besatzung gestern revolutioniert haben. Die Belgier seien mit roten Fahnen an den Autos durch die Stadt gefahren. Zahlreiche Truppen hätten sich ohne Erlaubnis ihrer Vorgesetzten mit den Zügen nach Belgien begeben, indem sie erklärten, sie wollten zu Hause Weihnachten feiern. Die Straßensperre sei gestern nicht mehr aufrechterhalten oder aber nicht mehr beachtet worden. Es verlautet, daß englische Truppen im Anmarsch wären, um die Ordnung wiederherzustellen. Aehnliche Vorkommnisse werden aus Krefeld verzeichnet.

Ein englischer Befehl.

wtb. Berlin, 24. Dez. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, wurde folgender Befehl seitens der englischen Admiralität an die deutsche Flotte erlassen:

1) Schiffe mit roter Flagge werden ohne Warnung versenkt,

2) Schiffe ohne Offiziere werden nach Kriegsrecht behandelt,

3) Wenn ein Mann bei bolschewistischer Propaganda betroffen wird, so wird die gesamte Mannschaft der betreffenden Schiffe standrechtlich erschossen.

Die wirtschaftliche Not.

hf. Karlsruhe, 24. Dez. Die badische vorläufige Regierung hat die Stillegung von Betrieben der Metall- und chemischen Industrie für die Zeit vom 24. Dezember bis einschließlich 4. Januar infolge des Kohlenmangels angeordnet, sofern in diesen mehr als 30 Arbeiter beschäftigt werden. Diese erhalten 85 Prozent des regelmäßigen Tagesverdienstes als Entschädigung.

hf. München, 26. Dez. Nach Anordnung des bayerischen Demobilmachungskommissars hat wegen des Kohlenmangels in allen gewerblichen Betrieben mit mehr als zehn Arbeitern die Arbeit vom 23. Dezember bis 14. Januar zu ruhen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten 90 Prozent ihres Verdienstes, wozu dem Arbeitgeber Zweidrittel von der Gemeinde auf Rechnung der Stadt und Reichskasse zuzuschießen sind.

Ein schlaglichtartige Beleuchtung erfährt die Lage auf dem Arbeitsmarkt durch eine Mitteilung des Lokalanzeigers, wonach zum Baubeginn des Walchensee-Kraftwerkes, das ganz Bayern mit Elektrizität versorgen und den Bedarf an Kohle herabsetzen soll, am ersten Tage 60 Ingenieure und zwei Arbeiter sich gemeldet haben, am zweiten Tage waren es 240 Ingenieure und immer noch zwei Arbeiter.

hf. Dresden, 26. Dez. Der Dresdener Mobilmachungsausschuß teilt mit, daß in 14 Tagen ein völliger Stillstand der sächsischen Industrie eintreten wird, wenn die Kohlenzufuhr nicht größer wird.

Straßenkämpfe in Berlin.

T.U. Berlin, 23. Dez. Die Volksmarine-Division sollte gestern nachmittag auf Anweisung der preußischen Regierung durch den Stadtkommandanten Wels aus dem Schlosse entfernt werden. Sie weigerte sich jedoch, das Schloß zu verlassen und machte den Versuch, unter Führung ihres Kommandanten Dorrenbach die Reichskanzlei und die Kommandantur zu besetzen. Gegen 5 Uhr sperrten die Matrosen die Telephonzentrale der Reichskanzlei und verhinderten den Eintritt oder das Verlassen des Reichskanzlergebäudes. Auf den energischen Einspruch der Volksbeauftragten wurde die Besetzung wieder aufgehoben. Darauf zog eine Vertretung der Marinedivision vor die Kommandantur, um mit dem Stadtkommandanten Wels über ausstehende Löhnung zu verhandeln. Während diese Abgeordneten auf der Kommandantur mit dem Volksbeauftragten Barth und Wels verhandelte, ertönte plötzlich unten auf der Straße lebhaftes Gewehrfeuer. Dort war ein Kanzler-Automobil herangefahren. Die 7. Gruppe der 1. Kompagnie der Marinedivision, die „Unter den Linden" Straßendienste tat, hielt das Automobil an, um nach dem Ausweis zu fragen. Nach den Angaben dieser Patrouille hielt der Wagen aber nicht, sondern fuhr weiter. Als er durch die zweite Postenkette fuhr, wurde ein Schuß auf das Auto abgegeben. Darauf folgte eine wüste Schießerei mit Karabinern auf das Auto. Mehr als 100 Schüsse fielen. Während die ersten Schüsse vor der Kommandantur fielen, bog von der Charlottenstraße ein Panzerwagen durch die „Linden" ein und eröffnete vor dem Denkmal Friedrichs des Großen mit Maschinengewehren Schnellfeuer auf die revoltierenden Matrosen. Dadurch wurde der Matrose Zwecker getötet und ein Kamerad neben ihm schwer verwundet. Inzwischen bemächtigte sich der Marineleute große Aufregung. Unter den Rufen: „Nieder mit Wels!" drang eine Gruppe Marineleute in das Zimmer des Stadtkommandanten ein und schleppte ihn auf die Straße. Dort wurde er von den Matrosen in die Mitte genommen und nach dem von Marineleuten besetzten Marstall gebracht. Dort wurde Wels auf der Wache eingeschlossen. Eine andere Abordnung drang auch in die Redaktion des „Vorwärts" ein und erklärte, wenn die Redaktion es wage, gegen die Marinedivision zu schreiben, es ihr schlimm erginge.

Wie weiter gemeldet wird, hat sich die republikanische Sicherheitswache, die als Wache vor der Kommandantur stand, den aufständischen Matrosen angeschlossen.

bb. Berlin, 24. Dez. Ueber den Matrosenputsch gegen die Reichsregierung geben die Berliner Blätter folgende Darstellung:

Die Matrosen, die bisher nicht dieselbe Löhnung erhielten wie die Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr, sollten die ihnen zustehenden Beträge in Höhe von etwa 80 000 *M* erhalten, sobald sie das Schloß geräumt hätten und sich zu ihrem Ersatztruppenteil nach Wilhelmshaven begeben haben würden. Da die Matrosen sich darauf nicht einlassen wollten, beschlossen sie, den Stadtkommandanten Wels gefangen zu setzen, bis alle ihre Forderungen erfüllt worden seien. Gegen 6 Uhr zogen etwa 600 bis 700 Matrosen zur Kommandantur und nahmen dort Aufstellung. Inzwischen hatte man von der Kommandantur aus die im Zeughaus, in der Bibliothek und im Palais Friedrich Wilhelms befindlichen Sicherheitswehren alarmiert. Die Führer dieser Abteilungen zogen mit Maschinengewehren sofort auf die Straße und brachten die Gewehre in Stellung. Die republikanische Soldatenwehr fuhr den Matrosen in Autos entgegen, um sie anzuhalten, dabei kam es zu einem Maschinengewehrfeuer, wodurch zwei Matrosen getötet und eine Anzahl verwundet wurde. Die Matrosen drangen dann in die Kommandantur ein und nahmen den Kommandanten Wels sowie seine Adjutanten Fischer und Bongartz gefangen und brachten sie in den königlichen Marstall. Zu gleicher Zeit besetzten die Matrosen die Reichskanzlei. Dorthin rückte zum Schutz der Regierung das 3. Garde-Feld-Artl.-Regt. mit zwei Geschützen und das 1. Garde-Ref.-Regt. mit Stahlhelm und aufgepflanztem Bajonett. Später rückte noch die 1. Garde-Kavallerie-Brigade an. Infolge der Vermittelung Eberts rückten jedoch beide Parteien, ohne daß es zu Zwischenfällen gekommen ist, um 11 Uhr wieder ab. Der Volksmarinedivision ist es gelungen, ihre Forderungen durchzudrücken, die darin bestehen, daß ihnen die Löhnungen in Höhe von 80 000 *M* ausgezahlt werden und daß die Division im Zukunft bestehen bleibt. Dagegen verpflichtet sich die Division, die verhafteten Wels, Fischer und Bongartz freizugeben. Teile des polizeilichen Sicherheitsdienstes haben sich mit den Matrosen solidarisch erklärt und verlangen die Abdankung des Kommandanten Wels. Wie der „Vorwärts" berichtet, hat bis auf weiteres der Vorsitzende des Berliner Vollzugrats, Molkenbuhr, das Amt des Stadtkommandanten übernommen.

wtb. Berlin, 24. Dez. Heute morgen von 8 Uhr an tobten am Schloß und am Marstall, die von der Volksmarinedivision besetzt waren, erbitterte Kämpfe, bei denen die Garde-Kavalleriedivision gegen Schloß und Marstall vorging und u. a. unter Artilleriefeuer nahm. Einige Minuten vor 11 Uhr wurde aus dem Marstall eine Abordnung von Matrosen mit einer weißen Flagge entsandt, die mit dem Befehlshaber der Truppen verhandelten. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß wenige Minuten nach 11 Uhr, die Matrosen erst einzeln, dann in kleineren Trupps, abzogen. Nach erfolgter Kapitulation konnten auch die Geschütze wieder abrücken. Die Matrosen haben 66 Mann verloren, die teils tot, teils schwer verletzt sind.

Berlin, 24. Dez. Die Linden glichen lt. „Voss. Zeitung" heute morgen bei Tagesgrauen einem riesigen Heerlager. Von allen Seiten rückten die Kompagnien, zum Teil zu Fuß, zum Teil auf Lastwagen, von den Soldatenräten geführt, heran. Die Mannschaften waren sturmmäßig ausgerüstet, das heißt mit Stahlhelm, Tornister und aufgepflanztem Gewehr. Die Potsdamer Division rückte geschlossen mit ihrer Artillerie heran, die Mannschaften mit Handgranaten am Koppel. Der Stab der Regierungstruppen war im Kronprinzen- und Prinzessinnen-Palais eingerichtet. Hier traten die Führer der Mannschaften noch einmal zu einer kurzen Beratung zusammen und man beschloß, noch einen letzten Versuch zur Verständigung zu machen. Es wurde eine Abordnung von fünf Mann nach dem Marstall geschickt. Um 7,50 Uhr trafen die Abordnungen mit weißer Fahne dort ein, wurden von den Posten der Matrosen in Empfang genommen und zum Soldatenrat geführt. Die Führer der Soldatenwehr erklärten kurz und bündig:

„Wir verlangen völlige Ergebung der Matrosen, denen ihre berechtigten Forderungen sofort erfüllt werden sollen. Binnen 10 Minuten haben alle im Marstall und Schloß befindlichen Matrosen sich unbewaffnet auf dem Schloßplatz aufzustellen. Wir geben 10 Minuten Bedenkzeit. Wenn nach dieser Frist nicht die weiße Fahne gezogen wird, werden wir Schloß und Marstall mit Artillerie beschießen."

Darauf entfernte sich die Abordnung und kehrte nach dem Kronprinzenpalais zurück. Man wartete gemäß der Vereinbarung bis 8 Uhr. Als dann die weiße Fahne weder am Schloß noch am Marstall erschien, wurde das Zeichen zum Losschlagen gegeben.

Die Gardekavalleriedivision und Potsdamer Artillerie hatte den Befehl erhalten, die Matrosen zum Verlassen des Schlosses und des Marstalls zu bewegen und im Falle bewaffneten Widerstandes ihre Forderung mit Waffengewalt durchzusetzen. Um ¾8 Uhr waren alle Zugänge zum Schloßplatz und zur Schloßfreiheit abgesperrt. Da die Matrosen die Gebäude nicht gutwilligt verließen, begann um 8 Uhr heftiges Feuer. Die Truppen hatten am Schinkelplatz zwei, am Werderschen Markt und an der Oberwallstraße mehrere Maschinengewehre aufgestellt. Die Matrosen traten den Truppen mit fünf Maschinengewehren und einem schweren Geschütz entgegen. Darauf ließ der Kommandant der Gardekavalleriedivision Oberst v. Tschirschky und Bögendorff die Artillerie abprotzen; auf der Schloßbrücke, vor dem Schloß und am Werderschen Markt wurde je ein Geschütz von 10,5 Zentimeter aufgestellt.

Der erste Schuß auf das Schloß saß zwischen den Fenstern des ersten Stockes und riß ein Loch von mehreren Metern Umfang; das Maschinengewehr, das dort aufgestellt war, ging in Trümmer. Weitere Schüsse fielen im Erdgeschoß, in der Höhe des Weißen Saales. Die beiden großen Tor sind arg beschädigt, die Steinarbeiten vernichtet. Auch der historische Balkon des Schlosses, von dem der Kaiser im August 1914 seine Ansprache hielt, ist arg mitgenommen.

Gleichzeitig begann die Beschießung des Marstalls vom Werderschen Markt her. Aus den Fenstern schossen die Matrosen mit versteckten Maschinengewehren auf die heranrückenden Truppen. Auch aus der Französischen Straße, in die das Garde-Kürassier-Regiment mit leichten Geschützen eingerückt ist, wird die Beschießung verstärkt. Die Artillerieschüsse haben die Außenseite des Marstalls furchtbar zugerichtet, aber auch die Verwüstungen im Innern müssen bedeutend sein.

Bis 10 Uhr wogte der Feuerkampf hin und her; dann trat eine Feuerpause ein. Aus einem Fenster des Marstalls wurde eine Fahne geschwenkt, die man zuerst für eine List der Matrosen hielt, die Truppen auf größere Nähe heranzulocken. Als eine Abordnung der Matrosen vor dem Marstall erschien, wurde das Feuer vollkommen eingestellt. Von der Französischen Straße kommt der Kommandant der Kavallerie-Brigade, Oberst v. Tschirschky, mit einem Regierungsvertreter im Kraftwagen; vorn ein Soldat, auf dem Bajonett seines Gewehrs eine weiße Fahne. Vor dem Marstall hält der Kraftwagen, und Oberst von Tschirschky und sein Adjutant treten ein. Nach einer ¼ Stunde kommen sie, eine weiße Fahne voran, wieder heraus, umgeben von dem Verhandlungsausschuß der Matrosen. Die Verhandlungen schienen zur Uebergabe der Matrosendivision geführt zu haben, denn kurz nach 10 Uhr verließen erst einzelne Matrosen, dann ganze Trupps das Marstallgebäude ohne Waffen.

Die Zugangsstraßen zum Schloß und zum Marstall wurden weiter abgesperrt gehalten. Kurz vor 11 Uhr rückten die Geschütze ab, und langsam zogen sich auch die Truppen zurück. Nur einzelne Maschinengewehre blieben mit ihren Bedienungsmannschaften zurück.

Um ¼12 Uhr begann der allgemeine Abmarsch der Truppen. Eine Abteilung der republikanischen Soldatenwehr erschien plötzlich auf dem Schloßplatz und rief den abziehenden Truppen zu, sie sollten nicht mehr schießen, sollten die Waffen niederlegen, sich sammeln und in die Quartiere abziehen. Sie hätten sich mit den Matrosen geeinigt, die 68 Mann verloren hätten. Ein Teil der Truppen legte sofort seine Waffen ab, andere weigerten sich zuerst, ließen sich dann aber überreden. Lastwagen fuhren an, die Waffen wurden aufgeladen; die Truppen ordneten sich und rückten ab.

wtb. Kiel, 24. Dez. Von den Berliner Vorgängen machte im Laufe des heutigen Vormittags Gouverneur Noske den verschiedenen Marineformationen Mitteilung. Matrosendivision, Torpedodivision, Unterseebootdivision, Seebataillon gaben ihre lebhafte Entrüstung über das schimpfliche Treiben in Berlin zum Ausdruck. Einmütig wurde von allen Formationen beschlossen, daß der Gouverneur Noske der Regierung mitteilt, daß die Kieler Soldaten und Matrosen geschlossen hinter ihr stehen.

wtb. Berlin, 24. Dez. Die Vorgänge, die in Berlin zur Straßenschlacht ausgeartet sind, und durch das Vorgehen der Volksmarinedivision verursacht worden, haben

Verhandlungen zwischen der Regierung, die durch Mitglieder des Zentral-, resp. Vollzugsrates Cohen, Rich. Müller und Tost vertreten waren, und den osen geendet. Diese haben zu einem Abkommen ge-, dessen gewissenhaftes Halten die Grundlage für e Verhältnisse bilden kann. Der Wortlaut des Abens ist folgender:

) Die Volksmatrosendivision verpflichtet sich, sofort Schloß zu verlassen, wenn der Vertrag vom 18. 12. geführt wird. Danach hat die Matrosendivision ruch auf Bureauräume im Marstall.

) Die Matrosen werden der republikanischen Solwehr eingegliedert, die dem Befehl der Kommanur untersteht. Die Form der Angliederung bleibt t späteren Vereinbarung vorbehalten.

) Die Matrosen verpflichten sich, in Zukunft nicht er an Aktionen gegen die Regierung teilzunehmen. ungsverschiedenheiten sind stets auf dem Verhandswege durch die zuständigen Stellen zu erledigen.

Die Division des Generalkommandeurs Lequis wird zurückgezogen. Die Alarmbereitschaft der Ber- Truppen und der Matrosendivision wird sofort aufben. Die Matrosen und Soldaten gehen in ihre rtiere zurück. Der Kommandant Wels ist sofort zulassen.

wtb. **Berlin,** 24. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Das greifen von Truppen in die gestrigen und heutigen nen in Berlin diente lediglich den Zwecken, die Reung Ebert-Haase gegen die meuternden Matrosen zu tzen. Getreu ihrer Verpflichtung, die sie vor Eintritt in Berlin für die Regierung übernommen hatten, en sich die Truppen eingesetzt, zu verhindern, daß Erfolge der Revolution durch das unberechtigte Einifen von, aus selbstsüchtigen Gründen meuternden Anhörigen der Marine, in Frage gestellt werden.

wtb. **Berlin,** 26. Dez. Zu den Vorgängen am Schloß dem Marstall wird von dem Mitgliede Tost des ntralrates der Marine (53. Ausschuß), der an den Verhandlungen zwischen der Regierung, Gardetruppen und Volksmarinedivision teilgenommen hat, eine Darlung der Ursache und Entwicklung der Vorfälle geben, in der es heißt, daß sich die Zahl der Matrosen der Volksmarinedivision schon längerer Zeit verndert hätte, und zwar von 3200 auf 1600 Mann. raus sei ersichtlich, daß böser Wille von vornherein f dieser Seite nicht zu suchen war. Die Diebstähle im loß in den ersten Tagen seien zum größten Teil von ländern ausgeführt worden, ehe die Matrosen aus haben das Schloß besetzt hatten. Gegen spätere länderungsversuche sei seitens der Marinedivision energischt Verwahrung eingelegt und die Schuldigen zur rantwortung gezogen worden. Die Räumung des chlosses wäre schon längst erfolgt, wenn den Matrosen n Marstall Bureauräume überlassen worden seien. Auf rund der Aufforderung der Regierung seien am 23. 12. ends die Schlüssel des Schlosses in der Reichskanzlei gegeben worden. Als die Matrosen ihre rückständige hnung verlangten, sei von der Stadtkommandantur die rderung an sie gerichtet worden, die Schlüssel bei der Stadtkommandantur abzugeben, andernfalls sie kein ld bekämen. Das habe den Unwillen der Matrosen denklich gesteigert und zu der Demonstration vor der Kommandantur geführt. Von keinem Führer der Matrosen sei der Befehl hierzu gegeben worden. Erst als er Demonstrationszug von einem Panzerautomobil in er Nähe der Kommandantur beschossen worden sei, wäre es zu den bekannten Vorfällen gekommen. Inzwischen hatten die Matrosen die Reichskanzlei besetzt, da sie der Meinung waren, daß nach Erfüllung der gestellten Forderung (die Ablieferung der Schlüssel) die Volksbeauftragten nicht das Nötigste getan hätten, den Matrosen in ihren Lohnforderungen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Am 23. 12. abends gelang es, in der Reichskanzlei eine Einigung dahin zu erzielen, daß sowohl die Matrosen als auch die von der Regierung herbeigerufenen Potsdamer Gardetruppen in aller Stille zurückgezogen werden sollten, und daß am Vormittag des 24. 12. die Angelegenheit der Matrosen auf dem Verhandlungswege zwischen der Regierung und den beauftragten Vertretern erledigt werden sollte. Die hierauf folgenden Ereignisse vom 24. 12. schilderte Tost im wesentlichen in Uebereinstimmung mit dem Bericht, den das WTB. am 24. abends gebracht hat.

TU. **Berlin,** 24. Dez. Wie von der Kommandantur mitgeteilt wird, sollen am 24. Dezember die Gardetruppen 56 Toie, die andere Seite 6 Matrosen und 5 Angehörige der Polizeitruppen als Opfer zu verzeichnen haben.

Das Wahlgesetz für die verfassunggebende Preußische Landesversammlung.

Das Wahlgesetz für die verfassungsgebende Preuß. Landesversammlung ist jetzt im „Staatsanzeiger" veröffentlicht worden. Es entspricht im allgemeinen dem zur Deutschen Nationalversammlung. Erwähnt zu werden verdienen die §§ 5 u. 6.

§ 5 lautet: Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltage seit mindestens einem Jahre Preußen sind.

§ 6 hat folgenden hauptsächlichen Inhalt: Die Wahlkreiseinteilung beruht auf dem Grundsatz, daß auf durchschnittlich 100 000 Einwohner nach der Volkszählng vom 1. Dezember 1910 ein Abgeordneter entfällt und dort, wo Verwaltungsbezirksgrenzen bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden müssen, ein Ueberschuß von mindestens 50 000 Einwohnern vollen 100 000 gleichgerechnet wird.

Die Einteilung der Wahlbezirke ergibt sich aus folgender Liste:

Nr.	Je einen Wahlkreis bilden:	Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 mit Einwohnern:	In den Wahlkreisen sind an Abgeordneten zu wählen:
1	Die Provinz Ostpreußen	2 064 175	21
2	Die Provinz Westpreußen	1 703 474	17
3	Die Stadt Berlin	2 071 257	21
4	Die Reichstagswahlkreite Potsdam 1—9, soweit sie zum Regierungsbezirke Potsdam gehören	1 544 851	15
5	Der Reichstagswahlkreis 10, soweit er zum Regierungsbezirk Potsdam gehört	1 314 576	13
6	Der Regierungsbezirk Frankfurt a. O.	1 233 189	12
7	Die Provinz Pommern	1 716 921	17
8	Die Provinz Posen	2 099 831	21
9	Der Regierungsbezirk Breslau	1 841 398	18
10	Der Regierungsbezirk Oppeln	2 207 981	22
11	Der Regierungsbezirk Liegnitz	1 176 583	12
12	Der Regierungsbezirk Magdeburg	1 248 990	12
13	Der Regierungsbezirk Merseburg und Erfurt, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schmalkalden	1 884 846	19
14	Die Provinz Schleswig-Holstein	1 621 004	16
15	Die Regierungsbezirke Aurich, Stade und Osnabrück	1 079 919	11
16	Die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg	1 862 517	19
17	Die Regierungsbezirke Münster und Minden, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schaumburg	1 773 897	18
18	Der Regierungsbezirk Arnsberg	2 399 849	24
19	Die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, ferner der Kreis Wetzlar vom Reg.-Bezirke Koblenz	2 189 922	22
20	Die Regierungsbezirke Köln und Aachen	1 940 317	19
21	Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier ohne den Kreis Wetzlar, der Regierungsbezirk Sigmaringen	1 771 334	18
22	Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1—5 soweit sie zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehören	1 820 598	18
23	Die Reichstagswahlkreise 6—12 des Regierungsbezirks Düsseldorf	1 597 790	16
	zusammen		401

Die deutschen Gefangenen als Sklaven.

wtb. **Berlin,** 24. Dez. Der „Matin" vom 17. 12. fordert die Verwendung deutscher Kriegsgefangener als Erdarbeiter zum Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens. Nach den qualvollen Leiden der mehrjährigen Kriegsgefangenenschaft sollen die unglücklichen Kriegsgefangenen noch zu Sklavendiensten verwendet werden. Diese Forderung, die nur aus gemeinster roher Gesinnung entspringen kann, richtet sich selbst.

wtb. **Bern,** 26. Dez. Wie „Populaire" meldet, hat Henderson im Einvernehmen mit Hysmans und Van Col die Internationale zum 6. Januar nach London einberufen. Der Verwaltungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Frankreichs hat die Einladung laut „Petit Parisien" angenommen.

wtb. **Bern,** 26. Dez. Nach Mailänder Blättern steht in Neapel ein Expeditionskorps zur Einschiffung nach Tripolis bereit.

TU. **München,** 27. Dez. In München trifft aus der Schweiz eine amerikanische Kommission aus dem Gefolge Wilsons ein, die zunächst in Bayern und dann im übrigen deutschen Reiche die politische Lage und die Verhältnisse der Lebensmittelversorgung studieren soll.

wtb. **Amsterdam,** 24. Dez. Dem „Telegraaf" zufolge erfährt die „Times" aus London, daß bei dem Begräbnis des ermordeten Präsidenten in der Rua Augusta Schüsse gewechselt wurden, wobei 4 Personen getötet wurden. Durch einen falschen Alarm entstand eine Panik, bei der 40 Personen verwundet wurden. Außerdem verunglückten infolge des Absturzes eines Flugzeuges noch zwei Personen tötlich.

Deutsche demokratische Partei.

Anschluß nationalliberaler Vereine an die Deutsche demokratische Partei.

Die nationalliberalen Vereine von Schöneberg, Steglitz, Friedenau, Neukölln, Frankfurt a. O., Zossen und viele andere kleinere nationalliberale Ortsvereine und Gruppen haben sich der Deutschen demokratischen Partei angeschlossen.

Ein Landrat für die demokratischen Kandidaten.

In einer öffentlichen Volksversammlung, die der Demokratische Verein Hoyerswerda und Umgegend einberufen hatte, erklärte, der „Breslauer Zeitung" zufolge, der bisherige Reichstagsabg. Landrat Dr. Hegenscheidt, daß er es trotz seinem konservativen Parteistandpunkte, an dem er festhalte, für die Pflicht des gesamten Bürgertums halte, geschlossen für die demokratische Kandidatenliste einzutreten.

Pfarrer Traub

ist in Teltow-Beeskow-Charlottenburg als Kandidat der Deutsch-nationalen Volkspartei aufgestellt worden. Nun ist er endlich am richtigen Platz.

Liberale Einigung in Sachsen.

Chemnitz, 26. Dez. Der gestern hier abgehaltene Vertretertag des Nationalliberalen Landesvereins hat nach eingehenden Beratungen einstimmig die Verschmelzung des Nationalliberalen Landesvereins mit der Landes-Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei zur Deutschen demokraschen Partei gutgeheißen.

Herford und Minden-Ravensberg.

27. Dezember.

Maßnahmen gegen Auftreten von Kleiderläusen.

Wenn auch die Heeresverwaltung im Einvernehmen mit den Zivilbehörden umfassende Vorkehrungen getroffen hat, die aus dem Felde zurückkehrenden Truppen möglichst frühzeitig zu entlausen, so wird es sich bei dem schnellen Rückmarsch und bei der starken Belegung der Ortschaften mit Truppen nicht immer vermeiden lassen, daß Ungeziefer, insbesondere Kleiderläuse, von den Soldaten in die Zivilbevölkerung verschleppt werden.

Eine direkte Gefahr ist zur Zeit hiermit nicht verbunden, da Fleckfieber und andere durch Läuse übertragbare Krankheiten unter unseren Westtruppen nicht vorkamen.. Indessen kann die Ungeziefer plage doch derartig überhand nehmen, daß es schwierig wird, die Läuse aus den Wohnungen wieder herauszubringen, auch kann vom Osten Fleckfieber eingeschleppt werden. Es ist daher von größter Wichtigkeit, auftretende Verlusungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu beseitigen, denn bei frühzeitigem Eingreifen ist die Plage leicht und sicher zu beseitigen.

Im Beginn der Verlausung sitzen die Läuse meist nur in der Leibwäsche, nicht in den Kleidern. Bevorzugte Stellen sind die Nähte am Halsbund des Hemdes und am Bund der Unterbeinkleider. Der befallene Mensch verspürt meist zuerst am Hals und in der Gegend des Hosenbundes ein Jucken und findet nach einigen Stunden an diesen Stellen mehr oder weniger große rötliche Quaddeln, welche auf Kratzen gewöhnlich noch stärker jucken. Durch sofortiges Wechseln der Wäsche, das nach 4 und 8 Tagen wiederholt werden muß, da abgelegte Brut in 5 Tagen etwa auskriecht, durch Auskochen der abgelegten Wäsche und Abseifen des Körpers läßt sich die Plage im Beginn fast immer leicht beseitigen. Sind die Läuse bereits in die Kleider gelangt, so findet man sie an der Innenseite meist in den Falten und Nähten. Durch Bügeln der Nähte mit heißem Bügeleisen kann man auch hier das Ungeziefer im Anfange der Verlausung leicht töten.

Bei höheren Graden der Verlausung suche man einen Arzt auf und wende sich an die in fast allen

---

Versiegelte Lippen.

Roman von A. M. Alten.

29 (Nachdruck verboten.)

„Ich kann jetzt nicht fortgehen, Lore, nicht unter Menschen. Ich muß mich erst finden, erst begreifen lernen, was geschehen ist. Papa, mein lieber Papa.

Und nun kamen ihr wirklich die lindernden Tränen. Sie weinte lange und heiß in den Armen der Pastorin, während Lore eifersüchtig an ihrer Seite saß.

Drunten im Garten ging Klaus Ewald unruhig auf und ab. Wie schwer es war, jetzt nicht vor Marie-Luise hintreten zu dürfen, nicht die Arme um sie legen zu können und zu sagen: „Weine dich an meinen Herzen aus, du weißt ja, wo deine Heimat künftig ist." Und warum tat ers nicht? In dieser Stunde zürnte er dem alten Baron von Boysen heftig, der diese Scheidewand zwischen ihnen errichtet hatte. Eine Scheidewand von Gold, hoch und fest, die sie vielleicht trennte für alle Ewigkeit.

Einmal schoß ihm der Gedanke durch den Kopf, nach Hasselrode zu fahren, zu dem alten Herrn zu gehen, ihm alles zu sagen, ihn zu bitten — ja, was wollte er ihn bitten? Das war ja Torheit. Viel zu wenig kannte er den alten Baron, um etwas derartiges wagen zu dürfen. Er verzweifelte fast in diesen Tagen. Stundenlang lief er umher auf einsamen Wegen, zermarterte sich den Kopf, was nun werden solle. Die Verwandten hatten kühle Briefe geschrieben, nur Frau Magnussen machte eine Ausnahme, sie bot ihr in wohlgesetzten Worten eine Heimat in ihrem Hause an. Aber diese hatte den Brief so hastig beiseite geschoben, als verbrenne sie sich die Finger daran. Was sollte nun werden? Allein bleiben konnte das Mädchen doch nicht in dem leeren Hause. Vorläufig war die Schneider ganz zu ihr übergesiedelt, hegte und pflegte sie. Und Tante Ewald war viele Stunden bei ihr. Es wäre so natürlich gewesen, daß Marie-Luise eine Zeitlang zu ihr übergesiedelt wäre, wenn er erst wieder fort war. Sicherlich wartete Marie-Luise auch nur auf diesen Vorschlag. Aber durfte das sein? Er wagte nicht, seiner Mutter irgendeine Andeutung vom Sachverhalt zu machen. Zunächst gab es ja freilich die Verhältnisse einmal zu ordnen.

Marie-Luise hatte sich noch nicht entschließen können, die Papiere ihres Vaters durchzusehen. Nun sollte es aber an diesem Nachmittag sein, und seine Mutter war zu ihr gegangen, um während dieser schweren Stunden bei ihr zu bleiben.

Das machte ihn noch unruhiger. Freilich, viel Ueberraschungen würde es dabei nicht geben, die Verhältnisse waren sehr geordnet, Marie-Luise die einzige Erbin. Trotzdem war aber noch eine letzwillige Verfügung da, die der alte Herr vor einigen Jahren gemacht hatte. Es handelte sich indes nur um kleine Regate, sowie die Vererbung einer sehr schönen und vollständigen Schmetterlingssammlung an ein staatliches Naturalienkabinett. Und doch ward Klaus Ewald unruhig, wie man es immer ist, wenn man vor irgendeiner Entscheidung steht. Er war weit ins Freie hinausgelaufen. Als er heimkam, fand er seine Mutter nicht zu Hause.

Sie kam erst spät, und auf den ersten Blick sah Klaus, daß sie sehr erregt war. Ihre Hände flogen, als sie die Mantille ablegte.

„Die arme Marie-Luise!"

Klaus erschrak.

„Denke dir nur, zwanzigtausend Mark hat der Major verloren. Die Nachricht davon hat ihm den Schlaganfall zugezogen. Wir fanden den Brief oben bei seinen Sachen in einer Schublade eben nur hineingesteckt, im Gegensatz zu der ganzen sonstigen strengen Ordnung. Und Marie-Luise sagte mir auch, daß er beständig von einem Briefe phantasiert habe. Das ist schlimm für das arme Kind. Zur Not hätte sie ja leben können, wenn alles zusammengeblieben wäre. Aber wie soll es nun gehen? Er hat das Geld in Industriepapieren angelegt, in in einem Unternehmen, das so völlig verkracht ist, daß gerade nur ein paar Prozent für die Gläubiger herauskommen. Die ganzen Jahre her hatten ihm die Papiere acht und neun Prozent Zinsen gebracht, davon hat er dann noch kleine Ersparnisse gemacht, es war alles auf Heller und Pfennig aufgezeichnet. Nun ist das Kapital hin, sie wird das Haus verkaufen müssen, obgleich ja wenig genug dabei herauskommen wird. Wer kauft sich hier ein solches Haus. Und dann, Klaus," — Frau Pfarrer Ewald sah ihren Sohn fragend und bekümmert an, „was ist denn das mit dir und Marie-Luise? Es war doch so natürlich, daß ich ihr anbot, zu mir zu kommen für die nächste Zeit, wenigstens so lange, bis sie ihre Entschlüsse gefaßt hatte. Aber sie wehrte sich mit einer Heftigkeit dagegen, die mir ganz sonderbar vorkam. Ihr seid doch immer gute Freunde gewesen, und sie weiß doch, daß sie bei mir gut aufgehoben ist, es wär doch in diesem Fall das einzig Richtige. Von heut auf morgen kann sie sich doch nicht über ihr künftiges Leben entscheiden. Wozu denn überhaupt eine Entscheidung. Ach Klaus, ich hatte gedacht," — Betrübnis und Kümmernis ließen sie ganz vergessen, daß sie Klaus gegenüber an die Sache nicht hatte rühren wollen, „ich hatte gedacht, Marie-Luise und du, ihr solltet ein Paar werden. So fest hatte ich darauf gehofft, und so bestimmt schien mir das alles schon, und nun? Lieber Junge, kannst du mir denn nicht sagen, was geschehen ist?"

Klaus machte ein gequältes Gesicht.

„Zwischen Marie-Luise und mir gar nichts, Mama, ich versichere dich."

„Gar nichts?" Frau Ewald starrte ihren Sohn ratlos an und schüttelte den Kopf. „Dann begreif ich's nicht, dann kann ich mir nur eins denken. Sie hat in Berlin irgendein anderes Interesse bekommen."

„Nein!" rief Klaus heftig, „sicherlich nicht."

„Du sagst das so bestimmt, aber wer weiß denn, was in einem Mädchenherzen vorgeht. Und daß dieser Volontär, dieser Enno Boysen so plötzlich in Hasselrode auftaucht, das erscheint mir doch auch höchst merkwürdig. Leute seines Schlages pflegen doch sonst keine plötzliche Leidenschaft für Landwirtschaft zu entwickeln. Als Marie-Luise mir davon erzählte, schien es mir gleich sonderbar, sie hatte ja freilich nur ganz obenhin davon gesprochen, aber der Schmerz um ihren Vater mag ja auch jedes andere Gefühl augenblicklich zurückgedrängt haben."

„Mama, ich versichere dich, es ist nichts daran," sagte Klaus gequält.

„So, also es ist nichts daran, und mit Marie-Luise hast du nichts gehabt, dann hilf du mir, sie umstimmen, damit sie zu mir kommt.

Fortsetzung folgt

größeren Ortschaften eingerichteten Entlausungsanstalten.

Die Mittel und Wege zur Wiederbelebung der Bautätigkeit und zur Steuerung der Wohnungsnot.

Vortrag von Architekt Köster-Herford.

1. Fortsetzung.

Eine gewisse Bautätigkeit entfaltete sich ferner in Ostpreußen. Bodo Ebhardt sagt, daß von 30 287 zerstörten Bauten 12 744 fertiggestellt worden sind. Davon entfallen auf das Land 11 965, und auf die Stadt 779 Bauten. Das Verhältnis für die Städte ist demnach sehr ungünstig. Dort ist nur etwa ein Fünftel wieder aufgebaut gegen fast ½ auf dem Lande, sodaß auch hier noch viel Arbeit übrig blieb.

Einige kleinere Arbeiten konnten an verschiedenen Plätzen noch ausgeführt werden, die aber keinen Einfluß auf eine Wiederbelebung der Bautätigkeit ausüben.

Wie auf allen Gebieten, so ist auch im Baugewerbe eine gewaltige Preissteigerung festzustellen. Im Jahre 1917 waren die Erstehungskosten eines Neubaues schon um zirka 100 Proz. gestiegen; inzwischen sind Steigerungen von 2—300 Proz. eingetreten. Diese Steigerungen sind im einzelnen sehr verschieden. So ist festgestellt worden, daß:

Erdarbeiten	um zirka	150 Proz.
Maurerarbeiten	um	125 „
Schmiedearbeiten	um	175 „
Zimmerarbeiten	um	125 „
Trägerlieferungen	um	200 „
Heizungsanlagen	um	150 „
Gas und Wasserleitungen	um	200 „
Baustoffe	um	300 „
Schmiedearbeiten	um	200 „
endlich Bauleitung	um	75 „

gestiegen sind. Die Löhne sind bisher allgemein um das doppelte gestiegen.

Die Baustoffe stiegen wie folgt:

Mauersteine von 24 *M* auf 70 *M* pro 1000 Stück, Bauholz von 45 *M* auf 135 *M* pro Kubikmeter.

Diesem Verhältnis entsprechend stiegen auch Zement, Kalk. Sand usw.; ebenso Schlosserarbeiten, Malerarbeiten und Anfuhr.

Hand in Hand mit den genannten Preisen gingen die Gehälter aller Angestellten in die Höhe. Es ist nicht zu erwarten, daß die Preise bald wieder sinken.

Selbständige Architekten stehen nur in ganz geringer Zahl noch in erträglichen Verhältnissen.

Wir dürfen ruhig sagen, daß infolge des Bauverbotes und des Mangels an Baustoffen, welche die Steigerung der Preise mit sich brachten, die Lage im Baugewerbe auf dem Gefrierpunkt angelangt ist.

Werfen wir nun einen Ausblick in die Zukunft, dann werden wir uns einer großen Sorge nicht erwehren können.

Die Folge des geschilderten Zustandes eines Arbeitsgebietes, das mindestens 7 000 000 Menschen im Deutschen Reiche ernährt, hat natürlich schwere Stockungen zur Folge, die die Gesamtheit treffen müssen.

Ueber den Umfang dieser Stockungen sind viele Zahlen veröffentlicht, von denen ich einige ohne eine genaue Richtigkeit verbürgen zu wollen, hier anführe.

Im Frieden wurden jährlich fertiggestellt an Wohnungen:

1913: in Berlin 20—40 000 . im Kriege keine,
in Deutschland 200 000 im Kriege keine.

Nach vier Jahren sind also 800 000 Wohnungen weniger gebaut worden.

Im Frieden wurde mit einem Bevölkerungszuwachs von 850 000 Menschen im Jahre gerechnet; rechnet man jetzt nur mit 600 000 Menschen, so sind jährlich 150 000 Wohnungen zu wenig gebaut worden. Nach vier Jahren fehlen somit 600 000 Wohnungen, die früher mindestens je 8000 Mark kosteten.

Die heutigen Kosten einer Wohnung werden aber viel höher bis zu 15 000 *M* zu berechnen sein.

Angenommen wird allgemein ein ungedeckter Bedarf an Wohnungen im Werte von 6½ Milliarden Mark.

Eine volle Bautätigkeit als früher wird jedenfalls sobald nicht wieder einsetzen, sodaß ein erheblicher Bedarf während der Uebergangszeit hinzukommt, wodurch die genannte Summe noch wesentlich erhöht wird.

Es ist anzunehmen, daß immerhin im Ganzen 10 Milliarden Mark rund erforderlich sind, um der zu erwartenden Wohnungsnot zu steuern; von anderer Seite wird diese Summe noch höher berechnet.

Nun ist aber mit den Wohnungsbauten selbst noch nicht alles getan, zu deren Verwirklichung gehört noch die Aufschließung des Geländes, das auf 800 000 Hektar berechnet wurde, ferner ein Straßenbau von 1875 Kilometer Länge.

Entsprechend sind die Bedürfnisse an Baustoffen. Jährlich würden nur für Wohnbauten gebraucht werden:

5½ Millionen Ziegelsteine,
1 Milliarde Dachsteine,
300 000 Tonnen Zement,
2½ Millionen Kubikmeter Mörtel,
1¾ Millionen Kubikmeter Holz.

Das sind ungeheuere Zahlen, die die Bedeutung der vorliegenden Frage klar machen.

Wie dieser gewaltige Bedarf gedeckt werden soll, darüber wird man in allen Kreisen der Beteiligten, also auch wohl der Behörden, noch kaum zu abschließenden Urteilen gekommen sein.

In obigen Summen ist noch nicht enthalten was auch sonst noch alles gebaut werden muß.

Wenn auch alle Luxusbauten ganz ausscheiden, so werden Landwirtschaft u. Industrie, Verkehrsbauten als Eisenbahn- und Schiffsbau, doch nicht völlig ohne bauliche Tätigkeit bestehen können. Die hierzu erforderlichen Summen lassen sich wohl kaum schätzen. Einen schwachen Anhalt bietet wohl der preußische Staats-Etat, man darf aber sicher annehmen, daß die geldlichen Erforderungen für diese Bedürfnisse wesentlich höher sind als die für den Wohnungsbau geforderten zehn Milliarden. Wir alle wissen, wie es mit unseren Eisenbahnen, unseren Schiffen aussieht, dabei spricht man jetzt auch schon von dem dringend nötigen Wasserstraßen, die gebaut werden müssen.

Wenn auch — wie ich vorhin sagte — in der Sache selbst bisher nicht viel geschehen ist, so hat sich doch eine lebhafte Anteilnahme zunächst der Wohnungsnot und ihrer Abhilfe durch den Kleinwohnungsbau zugewendet. Viele Städte sind im Begriff größere und kleinere Gelände zu diesem Zweck zu erschließen, und die Fachzeitungen sind voll von Vorschlägen, auch, auch wohl Berichten von einzelnen Unternehmungen zur Schaffung von Gartenstädten, Kleinhaussiedelungen, Waldsiedelungen, Eigenheimen und gemeinnützigen Gesellschaften.

Das Wort Kriegerheimstätte hat gar manche begeistert, auch die kleinsten und abgelegensten Orte. Ein jeder hält es für Ehrenpflicht, hier das Beste zu bieten. Auch in unserer Stadt haben sich Männer gefunden, die bereits größere Summen zur Verfügung gestellt haben und gewillt sind, auch unseren tapferen Helden zu Heimstätten zu verhelfen.

Wenn auch einzelne Orte mit kleinen Summen etwas zu schaffen hoffen, gehen doch die hier erforderlichen Bausummen in die Millionen. Der Gesamteindruck in diese Sache bleibt immer der eines nicht einheitlichen Vorgehens.

Bekanntlich hat nun der Reichstag im Mai des Jahres 500 Millionen und Preußen 210 Millionen Mark zur Bekämpfung der Wohnungsnot bereitgestellt. Der Wohnungskommissar, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, hat eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, die sich in der Hauptsache auf Abbürdung der Ueberteuerung der Bauten beziehen. Unter der Ueberteuerung wird dabei der Unterschied verstanden zwischen der jetzigen Höhe der Rohstoffpreise und Arbeitslöhne und den Preisen, mit denen man vermutlich bei Wiedereintritt geordneter Verhältnisse nach Friedensschluß rechnen kann.

Die Preise, die vor Kriegsbeginn bezahlt wurden, bleiben also außer Betracht.

Es wird angenommen, daß auch die Gemeinden einen Teil dieser Kosten tragen und zwar so, daß die Hälfte vom Reich und die andere Hälfte von den Bundesstaaten und den Gemeinden getragen werden.

Besondes wichtig ist dabei, daß an den bereitgestellten Geldern auch Bauunternehmer, soweit sie mit ihrer Gemeinde zusammen gehen, beteiligt werden können, nicht aber Arbeitgeber, die nur für ihre eigenen Leute bauen. Für Werkswohnungen werden also Bauzuschüsse dieser Art nicht gegeben.

Dem Vorteil dieser Bauzuschüsse stehen natürlich gewisse Bedingungen entgegen, von deren Uebernahmen nicht nur die Beteiligung selbst, sondern auch ihre Art und ihr Umfang abhängig gemacht wird.

Fortsetzung folgt.

= **Demobilmachungstermine.** Die Entlassung des Jahrgangs 1895 erfolgt im Zeitraume vom 22. bis zum 31. d. Mts., beim Feldheer nach Eintreffen des Truppenteils im Demobilmachungsort. Die Jahrgänge 1896 und 1897 gelangen voraussichtlich Mitte Januar zur Entlassung. — Ein bestimmter Zeitpunkt für die Beendigung der ganzen Demobilmachung läßt sich nicht feststellen. Voraussichtlich wird sie für das Westheer im Januar, für das Ostheer im Februar zu Ende sein. Letzteres ist aber ganz von den Transportverhältnissen abhängig, und ein späterer Termin ist daher sehr wohl möglich.

ka. **Kreisschlachterei und Kreiswursterei.** Eine Stadt hat die Zentralisation der Wurstherstellung mit Rücksicht auf Demobilisierung aufgehoben. Das Landesfleischamt hat darauf telegraphisch angeordnet, daß bestehende Zentralisationen der Schlachtungen und Wurstherstellung mit Rücksicht auf die dringende notwendige Schonung des Viehbestandes, restlose Erfassung und Verwertung der Innereien und Durchführung einer hinreichenden Ueberwachung bis auf weiteres unverändert bleiben.

= **Die Deutsch-nationale Volkspartei** hält Freitagabend im Vereinshaus eine öffentliche Versammlung ab. (Siehe Inserat.)

= **Stadttheater Herford.** Man schreibt uns: Am Freitag, den 3. Januar, eröffnet Herr Direktor Willy Tholen im Saale des Herrn Brinkmann eine Theaterspielzeit mit erstklassigem Personal. Der Spielplan umfaßt Schau-, Lustspiel, Klassiker und Operetten. Es ist beabsichtigt, dreimal in der Woche zu spielen und zwar am Dienstag, Donnerstag und Freitag. Nach uns vorliegenden Unterlagen verfügt Herr Direktor Tholen über vorzügliche Mitglieder. Als Eröffnungsvorstellung gelangt die Eysler'sche Operette „Der lachende Ehemann" zur Aufführung. Diese reizende Operette, welche in allen Großstädten aufgeführt ist, wird sicherlich auch in Herford ihre Wirkung nicht verfehlen. Billets für diese Vorstellung sind bereits schon jetzt im Vorverkauf bei Herrn Kortkamp zu haben.

p. **Gefährliche Diebe gefaßt.** In der vorigen Woche wurden in Kassel aus einem dort stehenden Transportzug 3 Kisten mit Lebensmittel und eine Bataillonskasse mit 9000 *M* geraubt. Als der Täterschaft verdächtig wurden drei junge Soldaten der Kraftfahrer-Ersatz-Abtlg. 7 festgenommen, die aber die Tat leugneten. Den Bemühungen unserer Kriminalpolizei gelang es jetzt, die Verdächtigen der Tat zu überführen. Das geraubte Geld war in einer Gummibereifung eines Kraftwagens in Münster versteckt.

Stadt Bünde.

Bünde, 24. Dez. Hauptmann v. Keiser, der sich bei uns schon vor dem Kriege allgemeiner Beliebtheit erfreute, ist als Bezirksoffizier wieder nach hier versetzt worden.

Minden, 21. Dez. Eine große Bauernversammlung, in der Vertreter aller bürgerlichen Parteien zum Wort kamen, hat folgende Entschließung angenommen:

Die heute in Minden in der Tonhalle versammelten zahlreichen Landwirte u. Landwirtsfrauen bekunden hiermit einmütig, dem Wohle des Volkes dienen und die gegenwärtige vorläufige Regierung Ebert-Haase anerkennen und unterstützen zu wollen, erwarten hiergegen bestimmte Erfüllung folgender politischen u. wirtschaftlichen Forderungen:

I. Politische Forderungen.

1. Entschiedenes Eintreten für die Einheit und Unversehrtheit des Reiches.
2. Ausschaltung jeglicher Nebenregierung.
3. Praktische Betätigung der Landwirtschaft in der Gesetzgebung, besonders Heranziehung landwirtschaftlicher Sachverständiger bei den landwirtschaftlichen Interessentenstellen. (Landwirtschaftsministerium und dergl.)

II. Wirtschaftliche Forderungen:

Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit in Stadt und Land, namentlich

1. Erhaltung und Vermehrung eines kräftigen Bauernstandes,
2. Schutz gegen Wucher und Güterschlächterei,
3. Förderung ländlicher Wohlfahrt,
4. Maßnahmen zur Auffrischung des Viehbestandes.

Die Deutsche demokratische Partei in Frankfurt a. O. stellte den Bodenreformer Damaschke und den Reichstagsabg. Lehrer Bruckhoff-Guben als Kandidaten für die Nationalversammlung auf.

---

bd. **Minden,** 23. Dez. Ein gemeingefährlicher Verbrecher ist in der Person des Pioniers Demski aus Hannover von hiesigen Kriminalbeamten und Mitgliedern des Soldatenrates im benachbarten Barkhausen festgenommen. D. hat zahlreiche Einbruchsdiebstähle verübt. Bei der Verhaftung nahmen sowohl Zivilisten wie Soldaten für den Verbrecher Partei und es wurde sogar ein Schuß auf die Festnehmenden abgegeben, der aber glücklicherweise nicht traf.

Lippische Fürstentümer.

Staat und Kirche.

Detmold, 26. Dez. Der lippische Parteitag der Deutsch-demokratischen Partei hat folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die staatliche Umwälzung macht zur Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zur Notwendigkeit:

1. Zur Sicherung der religiösen Ueberzeugung fordern wir den baldigen Erlaß des schon seit langem von Staat und Kirche in Aussicht gestellten Kirchenaustrittsgesetzes.
2. Wir treten ein für Sicherstellung der Kirchen als Selbstverwaltungskörper öffentlich-rechtlichen Charakters mit dem Recht der Besteuerung ihrer Mitglieder und dem der selbständigen kirchlichen Gesetzgebung sowie unter Wahrung des Vermögensrechts der Kirche.
3. Wir treten für den staatlichen Schutz kirchlicher Einrichtungen und Gebräuche ein.
4. Wir treten ein für den pflichtmäßigen Religionsunterricht in den staatlichen Schulen mit der Maßgabe, daß kein Gewissenszwang ausgeübt wird in dem Sinne, daß Lehrer von der Erteilung und Kinder der Dissidenten von der Teilnahme entbunden werden können.
5. Wir lehnen alle Maßnahmen ab, die geeignet sein könnten, die segensreiche Arbeit der Kirchen und aller Institutionen, die als kulturelle Mächte im Volksleben verankert sind, zu gefährden.

Im freien Staat soll eine freie Kirche Möglichkeit zur freien Entfaltung aller Kräfte haben.

Der Parteitag verlangt ferner den Schutz der freien Religionsgemeinschaften und Rechte ihrer Glieder zum Staatsdienst.

6. Der Parteitag verlangt endlich die völlige staatliche Gleichberechtigung der freien Religionsgemeinschaften und ihrer Mitglieder.

Schwarze Pocken in Dresden.

TU. **Dresden,** 27. Dez. Hier sind 54 Erkrankungen an schwarzen Pocken festgestellt.

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kuhle, Herford.

Bekanntmachung.

Die Fleischeinheit

wird für die Woche vom 23. bis 29. Dezember auf 200 Gr. Fleisch und Wurst festgesetzt.

Beliefert werden 6 kleine Fleischmarkenabschnitte mit 80 Gr. Wurst.

Der Verkauf in den Schlachterläden am Sonnabend, den 28. Dezember 1918 findet in folgender Reihenfolge statt:

8—11 Uhr vormittags die Fleischkarteninhaber S—Z, 12—3 Uhr nachm. A—G, 3—6 Uhr nachmittags H—R.

Herford, den 24. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Butterkartenausgabe.

Die Ausgabe der neuen Butterkarten findet vom 30. Dezember d. Js. bis zum 6. Januar 1919 in den Zeiten, in denen sonst die Lebensmittelkarten ausgegeben werden, im Bürgerverein statt.

Die Lebensmittelkarte und die alte Butterkarte sind mitzubringen.

Die Haushaltungen, die ihre Butterkarte am Mittwoch, den 1. Januar 1919 (Neujahr) erhalten würden, erhalten die Butterkarte am Montag, den 6. Jan. 1919.

Bei der in der nächsten Woche stattfindenden Butterausgabe sind die alten Karten vorzulegen.

Herford, den 27. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Kartoffeln.

Die mit Nr. 4, 5, 6 und 7 (rotgekennzeichnet) abgestempelten Kartoffelmarken und Gutscheine und die Militärurlauber-Kartoffelmarken können in der Markthalle eingelöst werden.

Soweit Bezahlung noch nicht erfolgt ist, hat Bezahlung auf Zimmer Nr. 1, des Rathauses, zu erfolgen.

Herford, den 27. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Petroleum.

(Verkauf auf Kundenliste.)

In den Geschäften kann von Dienstag, den 24. Dez. d. Js., ab auf Petroleummarke Nr. 15 ½ Liter Petroleum gekauft werden.

Die Marken müssen bis zum 30. Dezember ds. Js. eingelöst werden.

Die Geschäfte haben die Marken aufgeklebt bis zum 3. Januar 1919 im Rathaus, Zimmer Nr. 103, abzuliefern.

Herford, den 20. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Saatgutverkehr.

Anträge auf Ausstellung einer Saatkarte für Getreide und Hülsenfrüchte für die Frühjahrsbestellung für Händler, sowie für Verbraucher können im Rathaus, Zimmer Nr. 105, gestellt werden.

Herford, den 27. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Quartiergelder findet **nur am 3. und 18. jeden Monats** statt. Die Quartierscheine müssen vor der Auszahlung wegen Berichtigung von Abgängen auf Zimmer Nr. 70 vorgelegt werden.

Gleichzeitig machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß niemand verpflichtet ist, Belegung ohne Quartierschein anzunehmen. Zahlung kann ohne Quartierschein nicht erfolgen.

Herford, den 23. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Montag, **den 30. Dezember 1918, nachm. 3 Uhr** findet an der Bünderstraße der Verkauf von 7 Lindenbäumen statt.

Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung statt. Treffpunkt: Unterführung Bünderstraße.

Herford, den 24. Dezember 1918.

Das Stadtbauamt.

Bekanntmachung.

Für die **Wahlen** zur verfassunggebenden **deutschen Nationalversammlung** wird in Abänderung des § 9 Abs. 2 und 3, des § 11 Abs. 1 und des § 24 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (R. G. Bl. S. 1345) folgendes angeordnet:

§ 1. Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden **Sonntag, den 19. Januar 1919** statt.

§ 2. Die Wählerlisten sind zu jedermanns Einsicht am 30. Dezember 1918 auszulegen.

Einsprüche gegen die Wählerlisten sind binnen einer Woche zu erledigen.

§ 3. Die Wahlvorschläge sind spätestens am 4. Januar 1919 beim Wahlkommissar einzureichen.

Die Wahlkommissare haben die im § 12 der Wahlordnung vom 30. November 1918 (R. G. Bl. S. 1353) vorgeschriebene Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge sofort zu erlassen.

§ 4. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt sofort in Wirksamkeit.

Berlin, den 19. Dezember 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert. Haase.

Der Staatssekretär des Innern:
Dr. Preuß.

Veröffentlicht!

Herford, den 23. Dezember 1918.

Der Landrat.

Statt Karten!

Gustchen Jakob
geb. Kiel
Heinz Pohlmann
Offiz.-Stellv., z. Z. Oerlinghausen
VERLOBTE
Herford Minden
Weihnachten 1918.

Statt Karten.

Marcel Wahrheit
Hanna Wahrheit
geb. Spiegelberg
Kriegsgetraut.
Herford, 27. Dezember 1918.

Weihnachten 1918.

Paul Rieder
Minna Rieder
verw. Lücking, geb. Riewe
Vermählte.
Herford, Elverdisserstrasse 87.

Martha Schmidt
Wilhelm Frentrup
grüssen als
Verlobte
Herford, Weihnachten 1918.

Emma Westerhold
Willi Tönsjost
Verlobte
Herford — Weihnachten 1918.

Herford, den 27. Dezember 1918.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen unseren

innigsten Dank.

Familie Gustav Schäfer.

Sämtliche

autogenische Schweißarbeiten

sowie Reparaturen aller Art,
liefert prompt und sauber.
Schweichler Fahrrad- u. Maschinenfabrik
von Heinrich Wittler.

Sozialdemokratischer Verein Herford-Halle.

Ortsgruppe „Friedenstal" Herford.
Sonnabend, den 27. Dez. 1918, Abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

bei Wirt Böke Friedenstal. Tagesordnung im Lokal. N. B. Die vom Heeresdienst entlassenen Mitglieder werden ersucht ihre Mitgliedsbücher beim Kassierer Hermann Söte abzuliefern.

Vollzähliges Erscheinen wünscht
Der Vorstand.

Brockmann's Berggarten.

Heute 3. Feiertag

Konzert.

Deutsch-nationale Volkspartei

Oeffentliche

Versammlung

am Freitag, den 27. Dezember 1918,
abends 8 Uhr pünktl. im Vereinshause zu Herford.
Redner: **Herr Pastor Koch-Oeynhausen,**
Herr Geschäftsführer Lindner-Bielefeld, über:

Unsere Ziele — Unsere Aufgaben.

Alle Männer und Frauen Herfords sind herzlich eingeladen.

Deutsche Volkspartei.

Montag, den 30. Dez., abends 8 Uhr im großen Saale des ev. Vereinshauses

öffentliche

Volksversammlung.

Redner: Dr. Hugo, General-Sekretär der Deutschen Volkspartei.

Vortrag über die Wahl der National-Versammlung.

Männer und Frauen werden zu dieser Versammlung dringend eingeladen.

Deutsche Volkspartei
Geschäftsstelle Herford, Kurfürstenstraße 8.

Beim Pferde-Ersatz-Depot II Münster i/W. (Petershafen) werden am **Samstag, den 28. Dezember und Montag, den 30. Dezember** jedesmal um 9 Uhr vormittags beginnend

je 120

arbeitsfähige Pferde

versteigert, darunter 1/3 schwere Pferde. Händler sind vom Kauf ausgeschlossen. Halfter u. Stricke sind mitzubringen. Bei den Verkäufen wird Kriegsanleihe vorzugsweise in Zahlung genommen, d. h. Käufer, die die Bezahlung in Kriegsanleihe anbieten, werden bei sonst gleichen Geboten in erster Linie berücksichtigt. Inhabern von Pferdekarten verleiht die Zahlung des Kaufpreises in Kriegsanleihe, jedoch nur innerhalb der gleichfarbigen Bezugskarte, den Vorzug.

Ersatz-Pferde-Depot II,
Münster i/W. Petershafen.

Aus dem Felde zurückgekehrt

nehme ich meine Praxis wieder auf.
H. Schäfer, Lübbertorwall, Natur-Heilkundiger.
NB. Elektrische galvanische Massagen werden in und außer dem Hause ausgeführt.

Stadt-Theater Herford

(Brinkmanns Konzertsaal)
sucht uns ab 3. Jan. 3 durchaus zuverlässige
Männer oder Frauen
zum Billettabreißen sowie Platzanweisen. Auch wird tüchtiger **Kassierer od. Kassiererin** gesucht. Persönliche Meldungen am 2. Januar, abends von 6 bis 7 Uhr im Theaterlokal.
Die Direktion.

Tüchtiger
Schuhmachergeselle
per sofort gesucht.
Karl Pomorin,
Herford, Hansastraße 53.

Gesucht zu Ostern oder auch früher ein
Malerlehrling.
Heinr. Schürmann,
Malermeister, Salzuflerstr. 9.

Möbel-Vertreter
la eingeführt

sucht leistungsfähige Fabrik in Küchen und Schlafzimmer zu vertreten.
E. Minden, Hamburg.
Grindelweg 1a.

Krankheitshalber sofort ein tüchtiges
Dienstmädchen
gesucht.
Kaiser Friedrichswall 6, part.

Ehrliches, fleißiges
Mädchen
für Küche und Haus zum 1. Januar gesucht. Guter Lohn und Beköstigung, ferner **eine Stütze,** welche Weißnähen kann, zum 1. März.
Kurhaus „Zur Rose",
Bad Meinberg.

Gewandte und sichere
Maschinenschreiberin
gesucht.
Deutsche Volkspartei,
Kurfürstenstr 8.

Möblierte
Zimmer
gesucht ab 2. Januar für das Personal des Stadttheaters.
Offerten sind zu richten an den Theatermeister **Ellerbrock** Sophienstraße 5.

Möbl. Zimmer
mit oder ohne Pension auf sofort oder später gesucht.
Angebote zu richten an
Georg Hunold,
Cassel, Kölnischestr. 104 a.

Akademiker sucht in ruhiger Lage **gut möbliertes**
Wohn- und Schlafzimmer
am liebsten mit voller Verpflegung. Angeb. unt. Dr. B. 3936 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Zu verkaufen:
Gut erhaltener Wagen mit Verdeck und 2 Buden mit Plane.
B. Maubach,
Stukenbrock i. W.

Freibank (Schlachthof).
Sonnabend nachm

Sonnabend, den 28. Dezember, abends 8 Uhr

Große Versammlung

des Bundes für Handel, Handwerk u. Gewerbe
im großen Saal des evang. Vereinshauses.
Redner: Herr Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schreiber, Detmold über:

„Die Schicksalsstunde des deutschen Mittelstandes".

Nach dem Vortrag:
1) Freie Aussprache.
2) Geschäftliche Mitteilungen.

Frauen und Männer aus den Kreisen des Mittelstandes werden dringend gebeten, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Wer uns jetzt im Stiche läßt, gefährdet seine Existenz!

Bund für Handel, Handwerk und Gewerbe.

Lichtspielhaus „Wittekind"

Höckerstrasse 5 :—: Fernsprecher 690.

Voranzeige.

Zur gefl. Beachtung!

Wir bringen unseren verehrlichen Besuchern hiermit zur Kenntnis, dass wir mit einem riesigen Kostenaufwand das grösste Monumental-Filmwerk, betitelt:

KAIN

für Herford erworben haben.

Was ist Kain?

„Kain" ist das bedeutendste Filmwerk seit Bestehen der Kinematographie und umfasst **24 Akte.** Dieses Kolossalwerk gelangt in 4 Abteilungen im Laufe der Saison zur Vorführung.

— **Jeder Film ein in sich geschlossenes Ganze.** —

Der I. Teil

Der Fluch der Liebe

6 Akte

gelangt in Kürze auf den Spielplan.
Die Titel der nachfolgenden drei Abteilungen lauten:

II. Teil:	III. Teil:	IV. Teil:
Goldrausch. 6 Akte	Opfernde Liebe. 6 Akte.	Das Tor der Glückseligkeit. 6 Akte.

Trotzdem jede Abteilung für sich abgeschlossen ist, raten wir jeden unserer verehrten Besucher, sich keine dieser Abteilungen entgehen zu lassen, da Sie wohl kaum Gelegenheit haben werden, gleich spannendes und interessantes zu sehen.

Löhne und Umgegend.

Sonntag, den 29. Dezember 1918, nachmittags 2½ Uhr

öffentliche Volks-Versammlung

für Männer und Frauen
(Turnhalle Löhne-Bahnhof).

Vortrag:

Aufgaben der Nationalversammlung.

Redner: Buchdruckereibesitzer Fr. Kuhle, Herford.

Wir laden alle Männer und Frauen von Löhne und Umgegend ein.

Der Vorstand
der Deutsch-demokratischen Partei.

Stotterer

erhalten gratis meine Broschüre über die Ursache des Stotterns und die Beseitigung desselben ohne Arzt und ohne Berufsstörung (D. R. P.) Die Zusendung erfolgt sofort in Kouvert ohne Firma vollständig kostenlos.

H. Steinmeier,
Hagenburg (Schmb.-Lippe).

Für Anfang Januar 2 gut
möbl. Zimmer
zu mieten gesucht. Gefl. Ang. unter Nr. 3933 an die Geschäftsstelle dieser Ztg. erbeten.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 70/12. 18. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. H. M. 580/9. 18. K. R. A. betreffend Bestandserhebung, Beschlagnahme und Höchstpreise von Weiden, Weidenstöcken, Weidenschienen, Weidenrinde, Weidenstäben, Weidenspitzen, Weidenstrauch, Weidenabfall, Kopfweiden und Naturrohr (Glanzrohr, Stuhlrohr usw.), vom 21. September 1918 tritt insoweit außer Kraft, als sie sich auf **Weidenschienen** bezieht.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 5. Dezember 1918 in Kraft.

Berlin, den 5. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung. Wolffhügel.